SCHWEIZERISCHE GESELLSCHAFT
FÜR PRAKTISCHE SOZIALFORSCHUNG

UNIVERSITÄT BERN
FORSCHUNGSZENTRUM FÜR
SCHWEIZERISCHE POLITIK

Analyse der eidgenössischen Abstimmung vom 30. Nov. 1980

**Analyse de la votation fédérale du 30 nov. 1980*

Abstimmungsergebnisse	Ja	Nein
Sicherheitsgurtenobligatorium	52%	48%
Aufhebung Kantonsanteil an Stempelabgaben	67%	33%
Abbau Kantonsanteil am Gewinn der Alkoholverwaltung	71%	29%
Aufhebung Bundesbeitrag zur Brotverbilligung	64%	36%

Stimmbeteiligung 42%

Inhalt — Seite

Nachanalyse der eidgenössischen Abstimmung vom 30. November 1980 / Ergebnisse von Repräsentativumfragen in der deutschen und französischen Schweiz ... 3

1 Gurtentragobligatorium
1.1 Die Konfliktfronten – Das Stimmverhalten der einzelnen Merkmalsgruppen ... 3
1.2 Die Entscheidmotive ... 5

2 Sparpaket 1980
2.1 Die Konfliktfronten – Das Stimmverhalten der einzelnen Merkmalsgruppen ... 9
2.2 Die Entscheidmotive ... 11
2.3 Ansichten und Meinungen zum Problem Bundesfinanzen ... 13

3 Einstellungen zu Gurtentragobligatorium und Aufhebung der Brotpreisverbilligung vor und nach der Abstimmung ... 20

Zusammenfassung der Hauptergebnisse ... 22
*Récapitulation des résultats principaux ... 24

4. Jahrgang
Februar 1981

Publikation Nr. 13

Die effektiven Abstimmungsresultate

	Sicherheits-gurten-Obligatorium (Ja in %)	Aufhebung Kantonsanteil an Stempelabgaben (Ja in %)	Abbau Kantons-anteil am Gewinn der Alkoholver-waltung (Ja in %)	Aufhebung Bundesbeitrag zur Brotverbilligung (Ja in %)
CH	51,6	67,3	71,0	63,5
ZH	71,0	79,3	83,5	73,7
BE	57,3	73,7	77,0	65,6
LU	55,7	67,3	69,9	63,7
UR	48,7	61,4	67,0	58,4
SZ	47,2	62,2	64,3	58,2
OW	41,6	60,7	64,6	61,9
NW	48,9	67,4	71,0	63,0
GL	61,9	77,6	82,4	71,7
ZG	59,8	75,6	78,2	68,5
FR	30,0	52,3	57,0	52,0
SO	55,0	71,2	67,4	61,8
BS	75,4	76,1	80,7	67,9
BL	63,7	71,8	76,2	64,7
SH	64,2	70,4	76,6	70,3
AR	61,8	76,9	80,3	72,1
AI	58,5	71,3	77,0	66,4
SG	63,4	75,2	79,2	68,5
GR	60,7	69,9	76,5	66,9
AG	60,1	69,5	72,5	66,5
TG	59,0	70,8	76,1	68,3
TI	18,0	52,9	57,4	45,7
VD	27,2	44,8	50,4	58,1
VS	13,7	56,2	58,2	49,3
NE	23,2	46,1	50,0	46,8
GE	18,0	58,1	62,9	57,1
JU	14,5	23,4	27,4	28,1

Nachanalyse der eidgenössischen Volksabstimmung vom 30. November 1980

Ergebnisse einer Repräsentativumfrage in der deutschen und französischen Schweiz

Alle vier Vorlagen, über die der Souverän am 30. November 1980 abzustimmen hatte, begegneten in der Westschweiz grossem Widerstand. Beim Gurtentragobligatorium war dieser so heftig, dass etwa drei von vier Romands diese Gesetzesrevision ablehnten. In einigen Pressekommentaren war denn auch zu lesen, es seien sich zwei Blöcke gegenübergestanden, die ablehnende Romandie und die annehmende Deutschschweiz. Die Westschweiz sei in der Folge durch die Deutschschweiz majorisiert worden. Wie ein Blick auf die kantonalen Abstimmungsresultate zeigt, verwarfen auch die Urschweizer Kantone die Gurtentragpflicht. Gab es also ausser der Sprachgruppenzugehörigkeit noch andere Merkmale der Befragten, die den Entscheid beeinflussten? VOX ging dieser Frage nach und untersuchte auch die Entscheidmotive bei allen vier Vorlagen.
Die Abstimmung über das Sparpaket wurde zum Anlass genommen, die Ansichten und Meinungen der Befragten zum Bundesfinanzproblem zu eruieren. Wünschen sie mehr Sparen, mehr Einnahmen oder beides, und wo soll vordringlich gespart werden? Welche Prioritäten haben mögliche neue Einnahmequellen in den Augen der Befragten?
Schliesslich wollten wir einmal untersuchen, welche Veränderungen sich in der Meinung der Befragten im Zeitraum von zwei bis vier Wochen vor der Abstimmung bis zum Tag der Abstimmung ereignen. Die gleichen Leute wurden deshalb zweimal interviewt, und zwar erstmals in der ersten November-Hälfte und dann wie üblich nach der Abstimmung.

1) Gurtentragobligatorium

1.1 Die Konfliktfronten – Das Stimmverhalten der einzelnen Merkmalsgruppen

Welche Merkmale haben das Stimmverhalten der Befragten bei der Vorlage über das Gurtentragobligatorium beeinflusst? Diese Frage wurde wie üblich mit Hilfe von Chi-Quadrat-Tests untersucht. Als signifikant werden hier jene Beziehungen bezeichnet, die mindestens das Signifikanzniveau 0,1 erreichen. Tabelle 1 enthält die Stimmenverhältnisse aller Merkmalsgruppen. Die bei der Befragung verweigerten Antworten wurden im Verhältnis der Ja/Nein-Stimmen auf die beiden Kategorien verteilt (bei allen Merkmalsgruppen weniger als 6%). Es ist auch angegeben, ob die Merkmale das Stimmverhalten signifikant beeinflusst haben. Trifft dies zu, so ist das Signifikanzniveau angegeben. Je kleiner diese Zahl ausfiel, desto grösser ist der Zusammenhang zwischen den entsprechenden Variablen.

Tabelle 1 Das Stimmverhalten nach Merkmalsgruppen und das Gewicht einzelner Merkmale beim Entscheid über das Sicherheitsgurten-Obligatorium

Merkmal	Gruppe	Stimmverhalten in %		Gewicht des Merkmals in bezug auf den Entscheid	
		Ja	Nein	signifikant	Signifikanzniveau
Geschlecht	Frauen	68	32	nein	
	Männer	63	37		
Alter	20–39jährige	62	38		
	40–64jährige	63	37		
	65–84jährige	75	25	ja	0,1
Sprachgruppe	Deutsche Schweiz	78	22	ja	0,001
	Westschweiz	22	78		
Stadt/Land	Stadt	66	34	nein	
	Land	64	36		
Konfession	Katholiken	59	41	ja	0,05
	Reformierte	68	32		
Beruf	Selbständigerwerbende, leitende Angestellte/Beamte	55	45	ja	0,1
	Nicht leitende Angestellte/Beamte	71	29		
	Landwirte	57	43		
	Arbeiter	61	39		
Bildung	Primarschule	54	46	ja	0,05
	Sekundarschule	66	34		
	Berufs-, Gewerbeschule	65	35		
	Gymnasium, Technikum	79	21		
	Universität	61	39		
Parteisympathie	CVP	75	25	nein	
	FdP	65	35		
	SP	60	40		
	SVP	59	41		
	LdU	64	36		
	Keine	63	37		
Pol. Integration[1]	Hoch	71	29	ja	0,1
	Mittel	64	36		
	Tief	53	47		
Stichprobe		65	35		
Stichprobe gewichtet		62	38		
Effektives Abstimmungsresultat		52	48		

[1] Zum Begriff der «politischen Integration» s. VOX, Analyse der eidg. Abstimmung vom 13. März 1977, S. 4/5.

Wie aus den untersten Zeilen der Tabelle 1 ersichtlich, war die Zustimmung zum Gurtentragobligatorium gemäss unserer Stichprobe zu hoch, gemessen am effektiven Abstimmungsresultat. Anlässlich dieser VOX-Analyse wurde ein etwas

grösseres Sample befragt. Der Anteil der Romands lag im Vergleich zu früheren VOX-Analysen an der unteren Grenze. Darum haben wir untersucht, welchen Effekt eine leichte Gewichtung (höheres Gewicht für die Westschweiz) gehabt hätte. Es zeigte sich, dass das Resultat nur um 3% (62% gegenüber 65% Ja-Stimmen) korrigiert worden wäre. Deshalb wurde darauf vezichtet, die ganze Untersuchung im gleichen Sinne zu gewichten. Die Abweichung der Ja-Anteile unserer Stichprobe bei Gurtentragobligatorium, Stempelabgabe und Alkoholzehntel vom effektiven Abstimmungsresultat sind mit über 10% sehr stark ausgefallen. Offensichtlich spielen hier dieselben Gründe mit, die sich schon bei früheren Untersuchungen ähnlich ausgewirkt haben (Anpassung von Befragten an den «Gewinner»; Nicht-Urnengänger behaupten, an der Urne gewesen zu sein).
Wie sich bereits vor der Abstimmung herausgeschält und am Abstimmungssonntag bestätigte, lag die wichtigste Ursache unterschiedlichen Stimmverhaltens im Merkmal Sprachgruppenzugehörigkeit: Genau so klar, wie die Deutschschweizer den Gurtenzwang annahmen, lehnten ihn die Romands ab. Diese Vorlage weist jedoch noch andere, wenn auch schwächere Konfliktfronten auf. Konfession und Bildung übten einen mittleren Einfluss auf das Stimmverhalten aus. Bei den Katholiken fiel der Ja-Stimmen-Anteil unterdurchschnittlich aus, während er bei den Protestanten etwas über dem Durchschnitt lag. Beim Merkmal Schulbildung liess sich kein eindeutiger Trend feststellen. Doch fielen die Resultate der Primarschulabsolventen auf der einen, jene der Absolventen von Gymnasien und Techniken auf der anderen Seite auf. Die Erstgenannten wiesen überdurchschnittlich viele Nein-Stimmen auf, die Letztgenannten dagegen überdurchschnittlich viele Ja-Stimmen. Einen wenn auch bloss schwachen Einfluss auf das Stimmverhalten hatten Alter, Beruf sowie die politische Integration der Befragten. So waren die Angehörigen der dritten Altersgruppe, die 65–84jährigen, dem Gurtentragzwang überdurchschnittlich positiv gesinnt. Je tiefer ferner die politische Integration der Befragten, desto kritischer ihre Haltung zu dieser Vorlage. Als letztes Merkmal sei hier der Beruf kommentiert: Bei diesem liess sich, wie bei der Bildung, kein Trend ausmachen, sondern ebenfalls zwei sich abhebende Gruppen. Die Selbständigerwerbenden und leitenden Angestellten/Beamten wiesen nur einen unterdurchschnittlichen Ja-Stimmen-Anteil auf, die nicht leitenden Angestellten/Beamten jedoch einen überdurchschnittlichen.

1.2 Die Entscheidmotive

Wie begründeten Befürworter und Gegner des Gurtentragobligatoriums ihren Entscheid? Diese Frage nach den Entscheidmotiven wurde den Befragten auf zwei Arten vorgelegt. Zuerst mussten sie auf eine offene Frage hin angeben, wieso sie Ja bzw. Nein gestimmt hätten. Später wurden ihnen dann einige Argumente, die im Abstimmungskampf eine wichtige Rolle gespielt hatten, vorgelegt. Mit jedem Argument konnten sie sich «voll einverstanden», «einigermassen einverstanden», «eher nicht einverstanden» oder «überhaupt nicht einverstanden» erklären.
Die Ergebnisse der offenen Motiv-Frage sind in Tabelle 2 enthalten. Ein einziger

Tabelle 2 Entscheidmotive beim Gurtentragobligatorium

Motiv	% der Nennungen
Ja-Motive	
– Grössere Sicherheit / Weniger Unfallverletzte/-tote	69
– Unfallverhütung / Weniger Unfälle	9
– Geringere Folgekosten für Allgemeinheit	5
– Wegen Unvernunft der Leute / Freiwillig gurten sie sich nicht an	4
– Habe selbst erlebt, dass Gurten schützen	3
Undifferenziert / Weiss nicht	9
Nein-Motive	
– Eingriff in persönliche Freiheit	76
– Kein erhöhter Schutz / Kann Gurten nicht lösen, wenn's geknallt hat	7
– Gurt stört mich bei der Arbeit (bin Chauffeur im Hauslieferdienst usw.)	5
– Gurt zwar gut für ausserorts und Autobahnen, aber Unsinn innerorts und für Kurzstrecken	3
Undifferenziert / Weiss nicht	3

Blick auf diese bestätigt, dass auf beiden Seiten je ein Argument das Feld beherrschte.

Fast 70% der *Befürworter* wollten mit ihrem Ja zum Obligatorium mithelfen, die Zahl der Schwerverletzten und Toten im Strassenverkehr zu reduzieren. Weitere 9% motivierten ihr Ja ähnlich, stellten aber ihr Motiv in den weiteren Rahmen der allgemeinen Unfallverhütungsmassnahmen. Direkt und spontan gaben nur 5% der Ja-Stimmenden die erwarteten geringeren Folgekosten als Grund für ihre Zustimmung an. Ob dieses Argument wirklich nur eine so geringe Rolle spielte, wird Tabelle 3 zeigen. Noch weniger oft wurden zwei weitere Gründe genannt. Diese bringen insofern nichts Neues, als sie ebenfalls auf der Nützlichkeit und Wünschbarkeit des Tragens von Sicherheitsgurten basieren.

Gut drei Viertel der *Gegner* des Gurtentragobligatoriums stimmten deshalb Nein, weil sie darin primär einen Eingriff in die persönliche Freiheit und eine staatliche Zwangsmassnahme sahen. Die Schutzwirkung der Sicherheitsgurten stellten 7% der Gegner in Frage. Weitere 5% konnten sich aus beruflichen Gründen mit einem generellen Obligatorium nicht anfreunden. Ebenfalls gegen den generellen Charakter der zur Abstimmung gelangten Gurtentragpflicht waren jene 3% der Nein-Stimmenden, die das Tragen von Sicherheitsgurten nur auf Autobahnen und im Langstreckenverkehr als sinnvoll erachten.

Da schon die Resultate der Gesamtheit der Urnengänger bei der Motiv-Frage so eindeutig ausfielen, erstaunt es nicht, dass sich kaum Unterschiede in der Entscheidmotivation nach einzelnen Merkmalsgruppen zeigten. Am ehesten gab es

solche noch bei den Gegnern. Das Argument «Eingriff in die persönliche Freiheit» stand zwar bei allen Merkmalsgruppen an der Spitze, hatte aber nicht immer dasselbe Gewicht. So motivierten die Jungen, Katholiken, politisch schwach Integrierten, Romands sowie FdP- und SP-Sympathisanten ihr Nein überdurchschnittlich oft mit diesem Argument. Unterdurchschnittlich war die Sorge um eine Freiheitsbeschneidung bei den 65–84jährigen, Protestanten, Landwirten sowie CVP- und SVP-Anhängern.

Die Antworten auf die geschlossenen Motiv-Fragen sind in den Tabellen 3 und 4 enthalten. Es sind die Prozentzahlen für die Kategorien «voll einverstanden» sowie, in Klammern zusammengefasst, «voll einverstanden» plus «einigermassen einverstanden» aufgeführt. Nebst den Zahlen für die Gesamtheit der Befragten sind auch jene für die Urnengänger ausgewiesen, und zwar gegliedert nach Ja- und Nein-Sagern. Vergleicht man die Zahlen für die Gesamtheit der Befragten (Total) der beiden Tabellen, so erkennt man, dass die Pro-Argumente breitere Zustimmung fanden als die Contra-Argumente. Einzig das dritte Pro-Argument widerspricht diesem Trend. Dieses war aber kein eigentliches Argument gegen das Gurtentragobligatorium, was schon aus der Tatsache hervorgeht, dass sich Gegner und Befürworter bezüglich dieser Frage am wenigsten bzw. kaum unterscheiden. Die Ergebnisse der offenen Motiv-Frage werden weitgehend bestätigt. Bei den Befürwortern steht auch hier die Hoffnung auf einen Rückgang der Zahl der Unfallopfer an der Spitze. Ebenfalls hohe Zustimmung erntete das Argument mit den verringerten Kosten für die Allgemeinheit. Dieser Grund wurde, wie oben beschrieben, spontan nur wenig als primäres Entscheidmotiv vorgebracht, doch

Tabelle 3 Gurtentragobligatorium:
Das Gewicht einzelner Pro-Argumente

Argument		«voll einverstanden» in %. In Klammern Antwortgruppen 1 + 2 (1 = «voll einverstanden», 2 = «einigermassen einverstanden»)		
			Stimmverhalten	
		Total	Ja	Nein
(1)	Das Gurtentragobligatorium ist eine gute Sache, da dadurch erwiesenermassen die Zahl der Verletzten und Toten zurückgeht.	61 (76)	92 (99)	15 (45)
(2)	Das Obligatorium hilft uns, unnütze Kosten für die Allgemeinheit zu vermeiden. Wenn nämlich die Verletztenzahlen zurückgehen, dann muss die Allgemeinheit auch weniger für Arzt- und Spitalkosten und so weiter zahlen.	54 (76)	80 (93)	20 (54)
(3)	Das Gurtentragobligatorium sollte nur ein erster Schritt sein. Jetzt muss auf Autobahnen auch Tempo 100 und überall innerorts Tempo 50 eingeführt werden.	25 (40)	28 (45)	21 (35)

Tabelle 4 Gurtentragobligatorium:
Das Gewicht einzelner Contra-Argumente

Argument		«voll einverstanden» in %. In Klammern Antwortgruppen 1 + 2 (1 = «voll einverstanden», 2 = «einigermassen einverstanden»)		
		Total	Stimmverhalten Ja	Nein
(1)	Auch wenn ein Obligatorium besteht, werde ich die Sicherheitsgurten kaum jemals tragen.	10 (17)	3 (5)	19 (35)
(2)	Das Gurtentragobligatorium schränkt die persönliche Freiheit zu stark ein. Jeder soll selber entscheiden, ob er sich angurten will oder nicht.	38 (50)	8 (21)	85 (91)
(3)	Sicherheitsgurten sind gefährlich. Man hat z. B. Mühe, sich aus einem brennenden oder ins Wasser gestürzten Auto zu befreien.	20 (46)	6 (30)	39 (68)

bestätigt sich hier die geäusserte Vermutung, wonach sein Gewicht doch stärker gewesen sei.

Bei den Contra-Argumenten blieb nach wie vor eines allein dominierend: Die Furcht vor einer Einschränkung der persönlichen Freiheit machte den Gegnern des Gurtentragzwangs den Entscheid leicht. Man darf aber nicht glauben, dass die Gegner des Obligatoriums zwar gegen den Zwang, vom Nutzen der Sicherheitsgurten an sich hingegen überzeugt gewesen seien. Das Gegenteil trifft zu. Vergleicht man nämlich die Prozentzahlen der Antworten der Gegner bei Argument (1) in Tabelle 3 und Argument (3) in Tabelle 4, dann stellt man fest, dass das zweite von mehr Gegnern befürwortet wurde als das erste. Es gab mehr Gegner, die von der Schädlichkeit bzw. Gefährlichkeit der Sicherheitsgurten überzeugt waren, als solche, die von deren Nutzen überzeugt waren.

In bezug auf Über- bzw. Untervertretung einzelner Merkmalsgruppen bei den einzelnen Argumenten wiederholt sich das bekannte Bild. Westschweizer, Junge und politisch schwach Integrierte äusserten zu den Contra-Argumenten überdurchschnittliche Zustimmung; Deutschschweizer, Ältere und politisch hoch Integrierte zu den Pro-Argumenten.

Da bekanntlich die hier besprochene Vorlage nebst dem obligatorischen Tragen von Sicherheitsgurten für Autofahrer/-insassen auch das Tragen von *Schutzhelmen* für Zweiradfahrer beinhaltete, wollten wir abklären, wie weit die zweite Bestimmung zum Nein beigetragen hat. Wir fragten diejenigen Urnengänger, die Nein gestimmt haben, mittels einer geschlossenen Frage, was sie mehr gestört habe, das Gurten- oder das Schutzhelm-Obligatorium oders beides. 63% der Nein-Stimmenden störte das Gurten-Obligatorium mehr, 24% störte beides, aber primär wegen des Schutzhelm-Obligatoriums stimmten nur 4% Nein (die restlichen 9% hatten keine Meinung).

2) Sparpaket 1980

2.1 Die Konfliktfronten – Das Stimmverhalten der einzelnen Merkmalsgruppen

Auch bei den drei Verfassungsänderungen, die Teile eines umfassenderen Sparpakets bildeten und am 30. November zur Abstimmung gelangten, wurden vorerst die üblichen Fragen geklärt. Tabelle 5 enthält als ersten Schritt nur die Informationen, ob die verschiedenen Merkmale bei den einzeln zur Abstimmung gebrachten Vorlagen einen signifikanten Einfluss auf das Stimmverhalten ausübten. Besteht ein statistisch signifikanter Zusammenhang zwischen Merkmal und Stimmverhalten, dann ist dieser mit einem Stern gekennzeichnet (Chi-Quadrat-Test, Signifikanzniveau 0,1). Zwei Sterne bezeichnen besonders starke Beziehungen zwischen den beiden Variablen (Signifikanzniveau 0,001).
Es zeigt sich, dass – obwohl weniger stark umstritten als das Gurtentragobligatorium – jede der drei Sparvorlagen mehrere Konfliktfronten provozierte, ja es gab sogar mehr stärkere Beziehungen zwischen Merkmalen und Stimmverhalten als beim Gurtentragzwang. Wie beim Letztgenannten war bei allen drei Sparvorlagen die Sprachgruppenzugehörigkeit von grosser Bedeutung, doch nicht das einzige stark bestimmende Merkmal. Parteisympathie, Bildung, Beruf und politische Integration waren für den Entscheid der Befragten zu einzelnen Teilen des Sparpakets von ebenso grosser Bedeutung. Zieht man in Betracht, dass weitere Merkmale das Stimmverhalten der Befragten beeinflusst haben, dann könnte man im nachhinein meinen, das Sparpaket sei stark umstritten gewesen.
Da alle drei Vorlagen zu ein und demselben Sparpaket gehörten, war zu erwar-

Tabelle 5 Das Gewicht einzelner Merkmale für den Entscheid zu den drei Vorlagen des Sparpakets

Merkmal	Aufhebung Kantonsanteil an Stempelabgaben	Abbau Kantonsanteil am Gewinn der Alkoholverwaltung	Aufhebung Bundesbeitrag zur Brotverbilligung
Geschlecht			
Alter			*
Sprachgruppe	**	**	**
Siedlungsart (Stadt/Land)			*
Konfession	*	*	*
Beruf	*		**
Bildung	**	**	
Parteisympathie	**	*	**
Politische Integration	*	**	**

Tabelle 6 Das Stimmverhalten der einzelnen Merkmalsgruppen beim Sparpaket

Vorlage	Überdurchschnittlich Befürwortende/Unterdurchschnittlich Ablehnende	Unterdurchschnittlich Befürwortende/Überdurchschnittlich Ablehnende
	(Ja zur Vorlage in %)	
Aufhebung Kantonsanteil an Stempelabgaben	Total Stichprobe 81 (effektiv 67)	
	Deutsche Schweiz (89)	Westschweiz (51)
	Reformierte (85)	Katholiken (76)
		Arbeiter (71)
	Berufs-, Gewerbeschule (86)	Primarschule (65)
		Sekundarschule (73)
	Gymnasium, Technikum (93)	
	SVP (100), CVP (88), FdP (86)	SP (69), keine Parteisympathie (76)
	Pol. Integr., Hoch (89)	Pol. Integr., Tief (65)
Abbau Kantonsanteil am Gewinn der Alkoholverwaltung	Total Stichprobe 83 (effektiv 71)	
	Deutsche Schweiz (91)	Westschweiz (56)
	Reformierte (87)	Katholiken (78)
	Berufs-, Gewerbeschule (87)	Primarschule (65)
	Gymnasium, Technikum (93)	
	SVP (97), CVP (89), FdP (86)	SP (76), keine Parteisympathie (78)
	Pol. Integr., Hoch (89)	Pol. Integr., Tief (66)
Aufhebung Bundesbeitrag zur Brotverbilligung	Total Stichprobe 65 (effektiv 64)	
	65–84jährige (79)	20–39jährige (59)
	Deutsche Schweiz (73)	Westschweiz (39)
	Land (73)	Stadt (60)
	Reformierte (70)	Katholiken (61)
	Selbständigerwerbende, Leitende Angestellte/ Beamte (86)	Arbeiter (52)
	Landwirte (83)	
	SVP (92), CVP (83), FdP (76)	SP (47), Keine Parteisympathie (56)
	Pol. Integr., Hoch (80)	Pol. Integr., Tief (42)

ten, dass die Stimmenverhältnisse nach einzelnen Merkmalsgruppen bei diesen ähnlich ausfallen würden. Tabelle 6 bestätigt, dass dies zutraf.
Wie das Gurtenobligatorium für das Tragen der Sicherheitsgurten, stiessen auch die Sparvorlagen in der Romandie auf bedeutend weniger Sympathie als in der deutschen Schweiz. Der Unterschied zwischen den Sprachgruppen war hier jedoch insofern weniger eklatant, als die Westschweizer nur eine der Sparvorlagen ablehnten. Folgende Merkmalsgruppen wiesen bei allen drei Sparvorschlägen überdurchschnittliche Ja-Stimmen-Anteile auf: Anhänger der bürgerlichen Parteien, Deutschschweizer, politisch hoch Integrierte und Protestanten. Aus den Reihen der SP-Sympathisanten, derjenigen, die keine Parteisympathie angeben konnten, der Westschweizer, der politisch schwach Integrierten und Katholiken gab es nur unterdurchschnittliche Ja-Stimmen-Anteile. Nein-Mehrheiten konnten nur bei der Aufhebung der Brotverbilligung nachgewiesen werden, und zwar seitens der Romands, politisch schwach Integrierten und SP-Sympathisanten. Das Stimmenverhältnis der letztgenannten Gruppe lässt sich verstehen als Resultat der Stimmfreigabe der schweizerischen SP und der Nein-Parolen einiger ihrer Kantonalparteien.
Schliesslich sei noch auf das Merkmal Alter hingewiesen. Dieses hatte zwar nur auf das Stimmverhalten zur Vorlage über die Brotpreissubventionen einen statistisch signifikanten Einfluss. Doch liess sich auch bei den andern zwei Vorlagen feststellen, dass die Zustimmung mit zunehmendem Alter stieg.

2.2 Die Entscheidmotive

Aufhebung des Kantonsanteils an den Stempelabgaben und Abbau des Kantonsanteils am Gewinn der Alkoholverwaltung: Die Entscheidmotive von Gegnern und Befürwortern dieser zwei Vorlagen unterschieden sich nicht grundsätzlich voneinander und werden deshalb zusammen kommentiert. Es fällt auf, dass die seit langem bekannten Stereotypen besonders häufig genannt wurden. Damit wird dokumentiert, wie festgefahren die Diskussion ist. Um so interessanter sind dafür die Ausserungen zur Zukunft der Bundesfinanzen (Kap. 2.3). Meistgenanntes Motiv der *Befürworter* war jenes, dass dem Bund durch den Abbau bzw. die Aufhebung der Kantonsanteile mehr Geld verbleibe, dass er mehr Geld brauche. Fast vier von zehn Befürwortern begründen ihr Ja damit. Zweitwichtigstes Pro-Argument war der Wunsch, das Defizit des Bundes möge gesenkt werden, der Bund solle sparen. Eine untergeordnete Rolle spielten zwei weitere Argumente (beide blieben deutlich unter 10% der Nennung der Befürworter): Jeder müsse seinen Beitrag leisten zur Gesundung der Bundesfinanzen, meinten 8% bzw. 5% der Befürworter. Dass die Kantone auf das Geld verzichten könnten, wurde nur von 4% bzw. 6% der Ja-Stimmenden angegeben. Das letzte Pro-Motiv bei der Vorlage betreffend den Gewinn der Alkoholverwaltung beruhte auf einem Missverständnis seitens einiger Stimmbürger: Sie meinten, es stehe eine Erhöhung der Alkoholsteuern zur Diskussion und wollten eine solche gutheissen. Ein analoges Motiv trat auch bei den Gegnern auf den Plan.

Tabelle 7 Entscheidmotive beim Sparpaket

Aufhebung Kantonsanteil an Stempelabgaben Motiv	% der Nennungen	Abbau Kantonsanteil am Gewinn der Alkoholverwaltung Motiv	% der Nennungen	Aufhebung Bundesbeitrag zur Brotverbilligung Motiv	% der Nennungen
Ja- Motive		*Ja-Motive*		*Ja-Motive*	
– Mehr Geld zur Verfügung / Bund braucht mehr Geld	37	– Mehr Geld zur Verfügung / Bund braucht mehr Geld	38	– Preissteigerung ist zumutbar/tragbar	30
– Bund muss Defizit senken / sparen	33	– Bund muss Defizit senken / sparen	25	– Mehr Geld zur Verfügung / Bund braucht mehr Geld	23
– Jeder muss seinen Beitrag leisten	8	– Kantone können auf das Geld verzichten	6	– Bund muss Defizit senken / sparen	19
– Kantone können auf das Geld verzichten	4	– Jeder muss seinen Beitrag leisten	5	– Jeder muss seinen Beitrag leisten	9
		– Gut gegen Alkoholismus	4		
Undifferenziert / Weiss nicht	12	Undifferenziert / Weiss nicht	16	Undifferenziert / Weiss nicht	9
Nein-Motive		*Nein-Motive*		*Nein-Motive*	
– Kantone benachteiligt	27	– Kantone benachteiligt	30	– Brotpreiserhöhung ist unsozial / Grundnahrungsmittel nicht verteuern	72
– Bund soll anderswo sparen	11	– Bund soll anderswo sparen	10	– Bund soll anderswo sparen	3
– Sonst werden kantonale Steuern erhöht	10	– Sonst werden kantonale Steuern erhöht	7	– Heizt Inflation an	3
– Bund soll Einnahmen erhöhen	4	– Alkohol nicht verteuern	7		
		– Bund soll Einnahmen erhöhen	5		
Undifferenziert / Weiss nicht	32	Undifferenziert / Weiss nicht	27	Undifferenziert / Weiss nicht	15

Die Tatsache, dass das meistgenannte Pro-Argument «Mehr Geld für den Bund» hiess, darf nicht losgelöst von den zwei Vorlagen betrachtet werden. Die Stimmbürger wollten wohl deshalb dem Bund mehr Geld zugestehen, weil sie selbst dabei nicht mehr zahlen müssen. Bei diesen Vorlagen ging es ja nicht um Mehreinnahmen für den Bund, sondern letztlich um Mindereinnahmen für die Kantone. Diese Tatsache bildete denn auch bei den *Gegnern* den wichtigsten Grund zur Ablehnung. 27% bzw. 30% von ihnen gaben die erwartete Benachteiligung der Kantone zu bedenken. Weitere 11% bzw. 10% der Nein-Sager waren der Meinung, es sollte anderswo gespart werden. Drittwichtigstes Nein-Argument war die Befürchtung, die Kantone würden ihre Steuern erhöhen, um die Einnahmenverluste zu kompensieren. Mehrausgaben statt Sparmassnahmen wünschten nur 4% bzw. 5% der Gegner. Bei der Abstimmung über den Abbau der Kantonsanteile am Gewinn der Alkoholverwaltung glaubten 7% ihrer Gegner, die Alkoholsteuern sollten erhöht werden, und stimmten nur deshalb Nein, weil sie dies mit ihrem Nein verhindern zu können glaubten.
Nicht unerwähnt darf schliesslich bleiben, dass um die 30% der Nein-Sager ihren Entscheid nicht begründen konnten. Die Motive derjenigen, die ihr Nein begründen konnten, drehten sich, wie oben gezeigt, um die Schonung der Kantonsfinanzen.

Aufhebung des Bundesbeitrags zur Brotverbilligung: Bei der dritten Sparvorlage ging es um die Aufhebung der Brotpreissubventionen. 30% der *Befürworter* dieser Massnahme stimmten deshalb Ja, weil sie fanden, die dadurch ausgelöste Verteuerung des Brotes sei nur gering und allen zumutbar. Weitere 23% begrüssten es, dass dem Bund durch den Wegfall dieser Ausgaben mehr Geld für andere Aufgaben zur Verfügung bleiben. Ganz allgemein als Sparmassnahme nahm ein Fünftel der Ja-Sager diese Massnahme an.
Der überwiegende Teil der *Gegner,* nämlich 72%, stimmte deshalb gegen diese Vorlage, weil sie die Aufhebung der Brotpreisverbilligung als unsoziale Massnahme taxierten.

2.3 Ansichten und Meinungen zum Problem Bundesfinanzen

Wir wollten von den Befragten wissen, wie der weiterhin defizitäre Bundeshaushalt ihrer Ansicht nach weiter in Richtung Gleichgewicht gebracht werden sollte. Es handelte sich um eine geschlossene Frage mit drei vorgegebenen Antwortmöglichkeiten, nämlich «Noch mehr sparen», «Neue Einnahmequellen» und «Beides, also noch mehr sparen und neue Einnahmequellen». Tabelle 8 bringt die Ergebnisse, und zwar nicht nur für die Gesamtheit der Befragten, sondern auch für all jene Merkmalsgruppen, deren Merkmal die Ansichten zum Problem Sparen/Mehreinnahmen signifikant beeinflussten (Chi-Quadrat-Test, Signifikanzniveau von mindestens 0,1). Die horizontale Addition der Prozentzahlen ergibt deshalb nicht 100, weil die Kategorie «Weiss nicht» weggelassen wurde. Das Resultat überrascht insofern nicht, als die dritte Möglichkeit, die Kompromiss-

Tabelle 8 Wie soll der Bundeshaushalt ins Gleichgewicht gebracht werden?

Merkmalsgruppe	Noch mehr sparen	Neue Einnahmequellen	Beides, also noch mehr sparen *und* neue Einnahmequellen
	Nennungen in %		
Total Stichprobe	33	13	49
Deutsche Schweiz	25	14	57
Westschweiz	55	9	27
Katholiken	37	14	43
Reformierte	30	12	53
Primarschule	45	11	36
Sekundarschule	32	17	44
Berufs-, Gewerbeschule	28	12	56
Gymnasium, Technikum	29	11	56
Universität	31	14	45
CVP	35	21	43
FdP	36	7	54
SP	31	18	47
SVP	26	2	68
LdU	43	14	43
Keine Parteisympathie	32	11	48
Politische Integration, Hoch	27	13	59
Politische Integration, Mittel	32	13	51
Politische Integration, Tief	41	11	32
Aufhebung Kantonsanteil Ja	27	12	59
an Stempelabgaben Nein	47	16	29

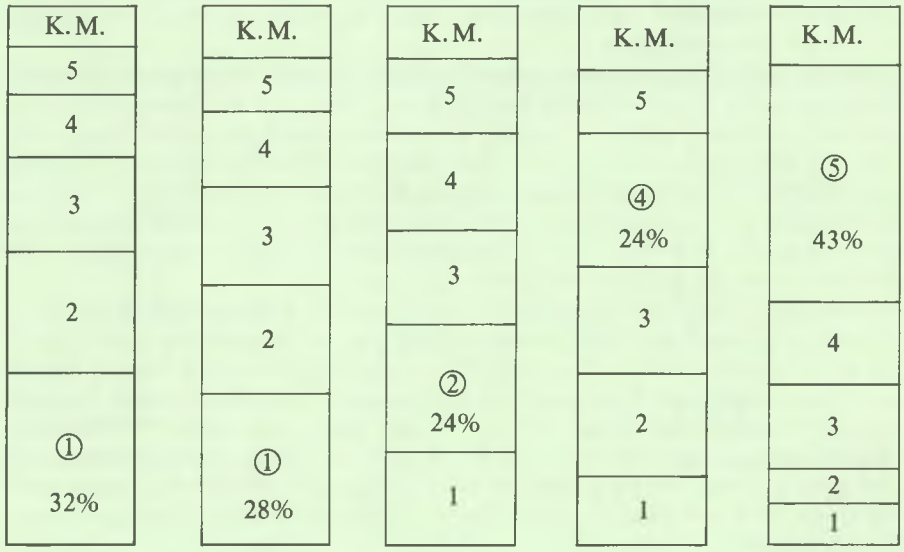
lösung, am meisten Nennungen auf sich vereinigte. Diese entspricht ja auch den prinzipiellen Optionen aller Bundesratsparteien.
Aufschlussreicher sind dagegen die Abweichungen einiger Merkmalsgruppen. Jene, die vermehrtes Sparen allein überdurchschnittlich oft wünschten, sind die Romands, Primarschulabsolventen, LdU-Anhänger und politisch schwach Integrierten. Vergleicht man diese Resultate mit jenen in Tabelle 6, so springt sofort ins Auge, dass diese Gruppe beim Sparpaket überdurchschnittlich viele Nein-Stimmen aufwiesen. Man kann noch einen Schritt weitergehen, nämlich zu den letzten zwei Zeilen in Tabelle 8: Fast die Hälfte der Gegner des Sparpakets wählte die Antwort «Noch mehr sparen». Es wird also noch zu klären sein, wo denn Sparen gewünscht wird, wenn nicht bei den Kantonsanteilen und Brotpreissubventionen.

Nur neue Einnahmequellen wurden von CVP- und SP-Anhängern etwas überdurchschnittlich oft angegeben. Doch war es bei beiden Gruppen nur etwa jeder Fünfte, der diese Option geltend machte.

Nachdem wir gesehen haben, wie die Befragten das Bundesfinanzproblem grundsätzlich lösen würden, wollen wir herausfinden, wo ihre Präferenzen bezüglich Neueinnahmen und Sparen liegen. In einer Frage wurden ihnen fünf in letzter Zeit in der Diskussion stehende/gestandene Steuerarten vorgelegt. Jeder Befragte

Tabelle 9 Die Priorität neuer Einnahmequellen

Steuerart	Arithmetisches Mittel	Rang gemäss arithmetischem Mittel	Häufigster Wert (in Klammern % der Nennungen) Total	Deutsche Schweiz	Westschweiz
Autobahnvignette	2,39	1	① (32)	① (37)	③ (20)
Reichtumssteuer	2,56	2	① (28)	① (22)	① (43)
Schwerverkehrssteuer	2,83	3	② (24)	② (28)	④ (23)
Bankensteuer	3,00	4	④ (24)	④ (27)	② (28)
Energiesteuer	3,89	5	⑤ (43)	⑤ (46)	⑤ (33)



1 = am wichtigsten
↓
5 = am wenigsten wichtig
K.M. = keine Meinung

musste dann diese Einnahmequellen in eine Prioritäts-Rangfolge bringen (wichtigste Möglichkeit = 1, zweitwichtigste = 2, usw.). In Tabelle 9 sind die Resultate dieser Frage enthalten. Als erstes wurde das arithmetische Mittel für die Gesamtheit der Befragten für jede Einnahmenart berechnet. Aufgrund dieser Werte entstand die Reihenfolge, in der die Steuerarten geordnet sind. Am populärsten ist also die Autobahnvignette, am wenigsten populär die Energiesteuer. Aus den Differenzen zwischen den arithmetischen Mitteln zu schliessen, liegen die ersten vier potentiellen Geldquellen in der Meinung der Befragten jeweils relativ nahe beieinander, während die Energiesteuer am Schluss deutlich distanziert wird.

Nu sagt aber das arithmetische Mittel nichts über die *Umstrittenheit* einer Sac ıe aus. Deshalb ist in Tabelle 9 (rechts) auch angegeben, welche Prioritätsstufe bei den verschiedenen Steuern am häufigsten genannt wurde (eingekreiste Werte). Zur Verdeutlichung haben wir das Verhältnis zwischen der jeweiligen Prioritätsstufe der fünf Steuerarten und der Häufigkeit der Nennungen auch noch in einem Balkendiagramm dargestellt. Dieses veranschaulicht die Häufigkeiten *aller* Prioritätsstufen für alle Einnahmenvorschläge (Grösse der Balkensegmente). Die aufgrund der arithmetischen Mittel gebildete Reihenfolge wird durch die häufigsten Wertnennungen (Kreise und Balkensegmente) nicht in Frage gestellt. Zwar wurde sowohl der Autobahnvignette als auch der Reichtumssteuer am häufigsten die Priorität 1 zugeordnet. Doch taten dies im ersten Fall 32% der Befragten, im zweiten dagegen nur 28%.
Natürlich gab es Unterschiede in den Prioritätsordnungen nach einzelnen Merkmalsgruppen: Am meisten waren die ersten zwei Ränge an der Spitze vertauscht, was nicht erstaunt, da diese beiden Steuerarten nahe beieinander liegen. Den grössten Unterschied verursachte das Merkmal Sprachgruppenzugehörigkeit (vgl. Tabelle 9 oben rechts). Legten die Deutschschweizer die Priorität für neue Mehreinnahmen – abgesehen von der Reichtumssteuer – «auf die Strasse», so verschoben die Romands die zusätzlichen Verkehrsabgaben nach hinten und setzten dagegen die Bankensteuer weiter nach vorn.
Für die Gesamtheit der Befragten kann festgehalten werden: Am deutlichsten waren die Präferenzen für Autobahnvignette und Reichtumssteuer (hoch) sowie die Energiesteuer (niedrig). Das zeigt, dass fast die Hälfte der Befragten sich in der Unpopularität der Energiesteuern einig waren. Am umstrittensten dagegen war die Schwerverkehrsteuer. Dies zeigt sich darin, dass alle Prioritätsstufen (Balkensegmente) ziemlich gleich häufig verteilt sind (Balkensegmente alle ungefähr gleich gross). Die folgende Aufstellung zeigt, wie die Abweichungen nach einzelnen Merkmalsgruppen waren (sie basiert auf den am häufigsten genannten Prioritätsstufen):

- Autobahnvignette: Tiefere Priorität: Westschweizer, Befragte mit Gymnasiums-, Technikums- und Uni-Abschluss, politisch schwach Integrierte
- Reichtumssteuer: Tiefere Priorität: FdP- und SVP-Anhänger, Landwirte, politisch hoch Integrierte, 65–84jährige, Gegner des Sparpakets

- Schwerverkehrssteuer: Höhere Priorität: SVP-Anhänger, Befragte mit Uni-Abschluss
  Tiefere Priorität: Westschweizer, SP-Anhänger, Arbeiter, politisch schwach Integrierte, Befragte mit Primar- und Sekundarschulabschluss
- Bankensteuer: Höhere Priorität: Westschweizer, SP-Anhänger, Arbeiter, Befragte mit Primar- und Sekundarschulabschluss, Gegner des Sparpakets

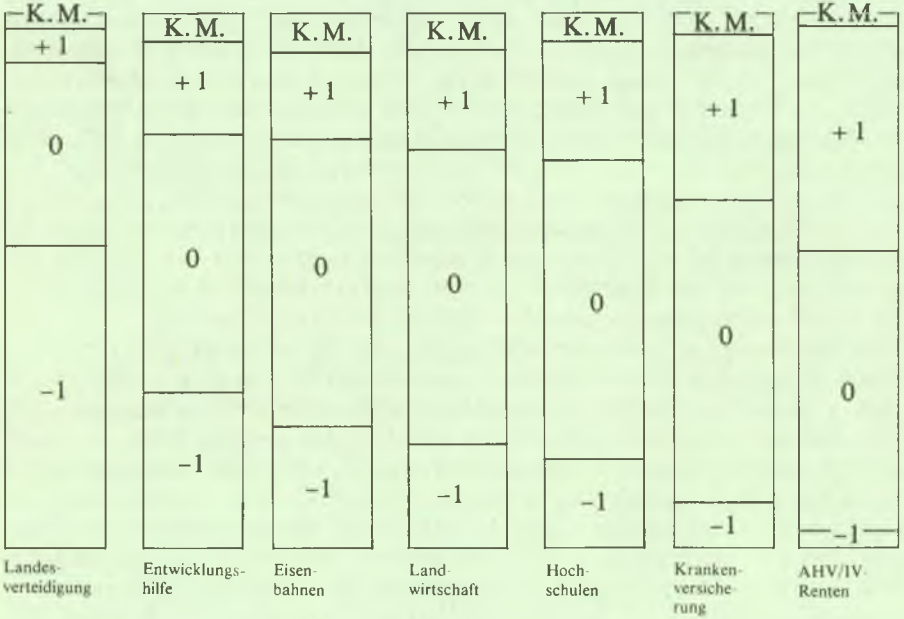
Auch ihre Ansichten zu den *Ausgaben des Bundes* konnten die Befragten kundtun. Es wurde ihnen eine Liste mit sieben Aufgabengebieten des Bundes vorgelegt. Bei jeder Position konnten sie unter den Antworten «eher weniger», «gleich viel» und «eher mehr» Ausgaben wählen (Tabelle 10). Aus den Antworten zu jedem Ausgabengebiet wurde das arithmetische Mittel berechnet. Es bewegt sich zwischen −1 und +1. Die Skala wurde durch Multiplikation mit 100 in eine solche zwischen −100 und +100 umgewandelt. Je höher die Minuswerte, desto dringlicher das Sparen, je höher die Pluswerte, desto dringlicher eine Ausgabenvermehrung in den Augen der Befragten. Tabelle 10 ist ähnlich aufgebaut wie Tabelle 9: Sie enthält ebenfalls zusätzlich zum arithmetischen Mittel den jeweils am häufigsten genannten Wert für jedes Ausgabengebiet sowie ein Balkendiagramm, das die Häufigkeit aller drei Antwortkategorien graphisch festhält. An der Skala mit den arithmetischen Mitteln fällt vor allem die Unterschiedlichkeit der Abstände auf: Die Entwicklungshilfe, die SBB, die Landwirtschaft sowie die Hochschulen liegen alle relativ nahe beeinander. Dagegen setzen sich die Landesverteidigung bei den Sparwünschen sowie die Krankenversicherung und AHV/IV-Renten bei den gewünschten Mehrausgaben um so deutlicher ab.

Der Vollständigkeit halber muss auch hier auf die am häufigsten genannten Werte eingegangen werden, erhellen diese doch das Bild zusätzlich: Nur gerade bei der Armee war eine Mehrheit der Befragten für «eher weniger» Ausgaben. Bei allen anderen Ausgabengebieten war die am häufigsten genannte Antwort «gleich viel» Ausgaben und jeweils, abgesehen von Entwicklungshilfe, von einer Mehrheit gewünscht. Es ist klar, dass es auch bei dieser Frage Abweichungen nach verschiedenen Merkmalsgruppen gab. Auf die abweichenden arithmetischen Mittel wird hier nicht eingegangen. Doch wird erwähnt, wo welche Merkmalsgruppen eine andere Antwortmöglichkeit bevorzugten als die Gesamtheit der Befragten:

- Landesverteidigung: «gleich viel» als häufigste Nennung:
  FdP- und SVP-Anhänger, politisch hoch Integrierte
- Entwicklungshilfe: «eher mehr» als häufigste Nennung:
  Uni-Absolventen
- AHV/IV-Renten: «eher mehr» als häufigste Nennung:
  politisch schwach Integrierte, Romands, Gegner des Sparpakets, Katholiken, Sekundarschulabsolventen
  «gleich viel» und «eher mehr» gleich oft genannt:
  CVP-Anhänger, Stadtbewohner, Frauen, 65–84jährige, Primarschulabsolventen

Tabelle 10 Gewünschte Veränderung der Ausgaben

Aufgabengebiet des Bundes	Arithmetisches Mittel der gewünschten Ausgabenveränderung		Häufigster Wert (−1 = eher weniger) (0 = gleich viel) (+1 = eher mehr) (in Klammern: % der Nennungen)
Landesverteidigung	−52	Sparen	-1 (56)
Entwicklungshilfe	−12	(mit zunehmenden Minus-	0 (48)
Eisenbahnen/SBB	− 5	werten wird vermehrtes	0 (54)
Landwirtschaft	− 2	Sparen gefordert)	0 (55)
Hochschulen	+ 5	Ausgaben vergrössern	0 (57)
Krankenversicherung	+23	(mit zunehmenden Pluswer-	0 (56)
AHV/IV-Renten	+41	ten wird eine Vermehrung der Ausgaben gefordert)	0 (52)



−1 = eher weniger
0 = gleich viel
+1 = eher mehr
K.M. = keine Meinung

Zwei *letzte Fragen* zum *Bundesfinanzproblem* gingen vom Sparpaket 1980 aus. Die erste von ihnen sollte zeigen, wie die Befragten eine lineare Subventionskürzung beurteilen. Die zweite betraf das finanzpolitische Verhalten der Kantone nach dem Abbau der Kantonsanteile. Beide waren als geschlossene Fragen kon-

zipiert. Ihr Wortlaut ist in Tabelle 11 vollständig enthalten. Diese Tabelle enthält nebst den Prozentzahlen für die vorgegebenen Antworten die Information, ob einzelne Merkmale der Befragten statistisch signifikante Unterschiede in den Antworten bewirkten (Signifikanzniveau mindestens 0,1 bei Chi-Quadrat-Test). 59% der Befragten, bzw. 68% derjenigen, die zu dieser Frage eine Meinung hatten, fanden eine lineare Ausgabenkürzung ungerecht. Die Tatsache, dass einige Merkmale für statistisch signifikante Unterschiede sorgten, darf nicht überbewertet werden, weil keine einzige Merkmalsgruppe die erste Antwortmöglichkeit bevorzugte. Über dem Durchschnitt lagen die Nennungen der zweiten Antwortmöglichkeit nach folgenden Merkmalsgruppen: CVP- und SP-Anhänger, West-

Tabelle 11 Ansichten zu Sparen und Kantonsfinanzen

Frage	Nennungen	Merkmale: Geschlecht	Alter	Sprachgruppen	Stadt/Land	Konfession	Beruf	Bildung	Parteisymp.	Pol. Integr.	Stellungnahme zum Sparpaket
		(* = signifikanter Zusammenhang zwischen Merkmal und Antwort)									
(1) Auf dieser Karte stehen zwei Ansichten zum Sparen. Welche entspricht Ihrer eigenen?				•		•		•	•		
– Es soll nur dann gespart werden, wenn alle davon gleich betroffen werden, wenn also z.B. in allen Bereichen um 10% gekürzt wird.	27										
– Eine lineare Kürzung, also z.B. eine Verringerung der Ausgaben um 10% bringt grosse Ungerechtigkeiten mit sich. Eine 10%ige Kürzung der Subventionen an die Krankenkassen trifft nämlich die ärmeren Volksschichten hart, während eine gleich grosse Kürzung an den Zivilschutz alle gleich trifft	59										
– Weiss nicht / Keine Antwort	14										
(2) Der Bund gibt rund 27%, also etwa ein Viertel seiner Einnahmen, an die Kantone weiter. Wenn der Bund in Zukunft den Kantonen weniger Geld gibt als bisher ... was sollen die Kantone tun?		•	•			•			•	•	
– Kantone sollen ihrerseits die Leistungen kürzen, sich einschränken	74										
– Kantone sollen ihre eigenen Steuern erhöhen	14										
– Weiss nicht / Keine Antwort	12										

schweizer, höhere Bildungsgruppen und Katholiken. Diese empfanden also lineare Subventionskürzungen eher ungerecht als die Befragten insgesamt. Das Gegenteil trifft für SVP-Anhänger, Befragte mit Berufs- und Gewerbeschuleabschluss und Protestanten zu.
Bei Frage (2) wählte eine grosse Mehrheit (74%) die erste Antwortmöglichkeit: Die Kantone sollen sich ihrerseits einschränken. Nur 14% der Befragten wollten, dass die Kantone nun ihre eigenen Steuern erhöhen. Aus dem Vergleich der Antworten auf diese Frage mit jenen von Tabelle 8 zu folgern, die Befragten würden dem Bund eher Mehreinnahmen zugestehen als den Kantonen, wäre zu gewagt. Bei der in Tabelle 8 enthaltenen Frage konnte nämlich zwischen drei Antwortmöglichkeiten gewählt werden, während in der obigen Frage keine Antwortkategorie «sowohl als auch» zur Verfügung stand.
Für die Antworten auf die Frage bezüglich des künftigen Finanzgebarens der Kantone gilt dasselbe, was schon bei der Frage über die Beurteilung von linearen Subventionskürzungen festgestellt wurde: Zwar beeinflussten einige Merkmale die Stellungnahme statistisch signifikant, doch bevorzugte keine einzige Gruppe die zweite Antwortmöglichkeit, also kantonale Steuererhöhungen. Die am stärksten abweichenden Antworten konnten für die SP-Sympathisanten festgestellt werden. Aber auch von ihnen waren mit 25% nur eine Minderheit für kantonale Steuererhöhungen zur Kompensation von verminderten Transferzahlen von seiten des Bundes. Die Anhänger der bürgerlichen Parteien entschieden sich dagegen in überdurchschnittlichem Masse für kantonale Leistungskürzungen in einem solchen Fall.

3) Einstellungen zu Gurtentragobligatorium und Aufhebung der Brotpreisverbilligung vor und nach der Abstimmung

Wie bereits in der Einleitung erwähnt, versuchte VOX anhand von zwei der vier am 30. November zur Abstimmung gelangten Vorlagen herausfinden, ob und wie sich die Meinung der Stimmbürger in der Zeit vor der Abstimmung ändern. Aus diesem Grunde wurden die Befragten bereits zwischen dem 3. und 20. November, also *vor* der Abstimmung, über ihre Einstellung zum Gurtentragobligatorium und zur Aufhebung der Brotpreisverbilligung befragt. Die gleichen Leute wurden dann wie üblich nach der Abstimmung nachbefragt. Tabelle 12 verbindet die Ergebnisse von Vor- und Nachbefragung. Sie enthält absolute Zahlen, und zwar von jenen Befragten, die anlässlich der Nachbefragung angaben, an der Abstimmung teilgenommen zu haben, also *nur von den Urnengängern.*
Wäre das Gurtentragobligatorium bereits zwei bis vier Wochen früher zur Abstimmung gelangt, dann wäre es ebenfalls angenommen worden, und zwar mit einer etwas höheren Ja-Mehrheit. Das heisst nun aber nicht, dass es fast keine Meinungswechsel gegeben hätte. Von denjenigen, die bei der Vorbefragung bereits eine Meinung angeben konnten (448 Befragte), wechselten 12% (13 + 40)

Tabelle 12 Die Veränderung der Einstellungen zum Gurtentragobligatorium und zur Aufhebung der Brotpreisverbilligung

		Stimmverhalten gemäss Nachbefragung			
		Gurtentrag-obligatorium		Aufhebung Bundesbeitrag zur Brotverbilligung	
		Ja	Nein	Ja	Nein
Vorbefragung	Ja	279	(40)	195	(20)
	Nein	(13)	116	(82)	131
	Weiss nicht	8	9	16	9
	Werde nicht stimmen gehen	1	3	0	1

ihre Stellungnahme zum Gurtentragobligatorium. Es gab per saldo mehr Wechsler vom Ja zum Nein. Bezieht man noch jene ein, die bei der Vorbefragung angegeben hatten, sie hätten keine Meinung, und jene, die angegeben hatten, sie würden nicht an die Urne gehen, dann sieht das Bild wie folgt aus: 16% der Urnengänger (13 + 40 + 8 + 9 + 1 + 3 von 469), also etwa jeder sechste von ihnen, hatte zwei bis vier Wochen vor der Abstimmung noch keine bzw. keine endgültige Meinung.

Wäre die Aufhebung der Brotpreisverbilligung zwei bis vier Wochen früher zur Abstimmung gekommen, so wäre eine Patt-Situation von 50% Ja zu 50% Nein entstanden, das heisst, der Ausgang der Abstimmung wäre vom Ständemehr und einer geringen Zufallsmehrheit bestimmt worden. 24% (82 + 20 von 428) oder fast jeder vierte von denen, die bei der Vorbefragung bereits eine Meinung zu dieser Vorlage hatten, wechselten diese bis zum 30. November. Interessant ist hier besonders die Tatsache, dass etwa viermal so viele von Nein zu Ja wechselten (82) wie von Ja zu Nein (20). Per saldo also hier eine Bewegung vom Nein zum Ja bei den Meinungswechslern. Bezieht man schliesslich noch jene ein, die anlässlich der Vorbefragung gesagt hatten, sie hätten keine Meinung zu dieser Vorlage, und diejenigen, die angegeben hatten, sie würden nicht stimmen gehen, so stellt man fest, dass 28% der Urnengänger zwei bis vier Wochen vor dem Urnengang noch keine bzw. keine endgültige Meinung zur Aufhebung der Brotpreissubventionen hatten.

Dass bei der letztgenannten Vorlage mehr (d.h. fast doppelt so viele) Meinungsänderungen vorkamen als beim Gurtentragobligatorium, lässt sich unter anderem damit erklären, dass bei der Vorbefragung nur einer Minderheit der Befragten bekannt war, dass Ende November über die Aufhebung des Bundesbeitrags zur Brotverbilligung abzustimmen sein würde, während eine Minderheit von ihnen wusste, dass das Gurtentragobligatorium zur Abstimmung kommen würde. So gaben sicher einige Befragte ihre Meinung bei der Vorbefragung aufgrund von nur geringen Kenntnissen über die Vorlage an; ja einige von ihnen dürften sich ihr Urteil erst während der Vorbefragung gebildet haben, als sie vom Befrager erfuhren, über was am 30. November überhaupt abzustimmen sein werde.

SCHWEIZERISCHE GESELLSCHAFT
FÜR PRAKTISCHE SOZIALFORSCHUNG

UNIVERSITÄT BERN
FORSCHUNGSZENTRUM FÜR
SCHWEIZERISCHE POLITIK

Analyse der eidgenössischen Abstimmung vom 30. Nov. 1980

Zusammenfassung

Bei zwei der vier am 30. November 1980 zur Abstimmung gelangten Vorlagen untersuchte VOX, *ob und wie sich die Meinungen der Stimmbürger in der Zeit vor der Abstimmung ändern.* Deshalb wurden die Befragten bereits zwischen dem 3. und 20. November, also *vor* der Abstimmung, über ihre Einstellung zu Gurtentragobligatorium und Aufhebung der Brotpreisverbilligung befragt. Die gleichen Leute wurden dann wie üblich nach der Abstimmung nachbefragt. *Wären die erwähnten zwei Vorlagen bereits zwei bis vier Wochen früher zur Abstimmung gelangt, dann wäre das Gurtentragobligatorium ebenfalls angenommen worden, und zwar mit einer etwas höheren Ja-Mehrheit. Bei der Aufhebung der Brotpreisverbilligung wäre hingegen eine Patt-Situation von 50% Ja zu 50% Nein entstanden.* Beim erstgenannten Abstimmungsgegenstand hatte anlässlich der Vorbefragung jeder Sechste, beim zweitgenannten gut jeder Vierte derjenigen, die Ende November dann an die Urne gingen, noch keine bzw. keine endgültige Meinung. Die Meinungswechsler (also jene, die bei der Nachbefragung eine andere Meinung äusserten als bei der Vorbefragung) *wechselten beim Gurtentragobligatorium per saldo vom Ja zum Nein, bei der Aufhebung der Brotpreisverbilligung dagegen vom Nein zum Ja. Bei der zweiten Vorlage gab es fast doppelt so viele Meinungsänderungen wie bei der ersten.* Dies kann u. a. damit erklärt werden, dass bei der Vorbefragung nur einer Minderheit der späteren Urnengänger bekannt war, dass Ende November über die Aufhebung der Subventionen zur Brotverbilligung abzustimmen sein werde. Um die bevorstehende Abstimmung über das Gurtentragobligatorium wusste hingegen schon eine Mehrheit. Im ersten Fall dürften sich also einige Befragte ihre erste Meinung erst während der Vorbefragung gebildet haben, als sie vom Befrager erfuhren, über was alles überhaupt abzustimmen sein werde.

Die Nachbefragung brachte bezüglich Stimmverhalten und Entscheidmotivation keine sensationellen Ergebnisse. Beim *Gurtentragobligatorium* war erwartungsgemäss die *Sprachgruppenzugehörigkeit* das Merkmal mit dem stärksten Einfluss auf das Stimmverhalten. Die *Befürworter* dieser Vorlage *wollten mithelfen, die Zahl der Schwerverletzten und Toten im Strassenverkehr zu senken.* Die *Gegner sahen in der Tragpflicht primär eine Einschränkung der persönlichen Freiheit,* waren aber auch von der Nützlichkeit der Sicherheitsgurten an sich mehrheitlich nicht überzeugt.

Beim *Sparpaket* beeinflussten mehrere Merkmale den Entscheid stark, so die Sprachgruppenzugehörigkeit, die Bildung, die Parteisympathie und die politische

Integration der Befragten. Ein *typischer Befürworter* lässt sich wie folgt charakterisieren: *Sympathisant einer bürgerlichen Partei, politisch hoch integriert, Deutschschweizer.* Der *Idealtyp des dem Sparpaket reserviert bis ablehnend gegenüberstehenden Stimmbürgers* sieht dagegen so aus: *SP- oder keine Partei-Sympathie, politisch schwach integriert, Romand.*

Die Frage nach den Entscheidmotiven beim Sparpaket förderte nur *die bekannten Stereotypen* zu Tage. Um so interessanter sind dafür die Äusserungen zur *Zukunft der Bundesfinanzen. Die Hälfte der Befragten möchte den weiterhin defizitären Bundeshaushalt sowohl durch zusätzliche Sparmassnahmen als auch durch neue Einnahmen weiter in Richtung Gleichgewicht bringen.* Nur noch mehr sparen will ein Drittel, nur neue Einnahmen gar nur ein Achtel der Befragten. Wie liegen die Präferenzen bezüglich konkreter Einnahme- und Sparmöglichkeiten? *Bei den neuen Einnahmequellen ist die Autobahnvignette am populärsten (1.Rang). Es folgen mit jeweils geringem Abstand die Reichtumssteuer (2.), die Schwerverkehrsteuer (3.) und die Bankensteuer (4.). Die Energiesteuer (5.) ist am unpopulärsten* und liegt deutlich am Schluss. Nicht unerwähnt darf die Tatsache bleiben, dass es zwischen den Prioritäten von Deutsch- und Westschweizern deutliche Unterschiede gibt: Die Erstgenannten legen die Priorität für Neueinnahmen – abgesehen von der Reichtumssteuer – «auf die Strasse», die Romands dagegen verschieben die zusätzlichen Verkehrsabgaben nach hinten und die Bankensteuer weiter nach vorn. Noch ein Wort zur Umstrittenheit dieser Steuerarten, die aus der obigen Rangfolge nicht hervorgeht: *Am umstrittensten ist die Schwerverkehrssteuer, während sich die Befragten bezüglich der Unpopularität der Energiesteuer einig sind. Sparen wollen die Befragten vor allem bei der Landesverteidigung.* Sie ist die einzige Ausgabenposition, bei der eine Mehrheit von ihnen die Antwortkategorie «eher weniger» Ausgaben wählte (mögliche Antwortkategorien: «eher weniger», «gleich viel» und «eher mehr» Ausgaben). *Weitere, allerdings weniger ausgeprägte Sparwünsche betreffen die Entwicklungshilfe, die Eisenbahnen/SBB und die Landwirtschaft. Etwas mehr Ausgaben werden für die Hochschulen gewünscht, deutlich mehr dagegen für die Krankenversicherung und besonders für die AHV/IV.* Der Vollständigkeit halber sei erwähnt, dass bei allen Ausgabengebieten bis auf die Armee die am häufigsten gewählte Antwort «gleich viel» Ausgaben ist. Bei den Eisenbahnen, der Landwirtschaft, den Hochschulen, der Krankenversicherung und der AHV/IV wurde diese Antwortkategorie überdies von einer Mehrheit der Befragten gewählt.

Lineare Subventionskürzungen, wie sie das Sparpaket 1980 auch noch beinhaltete, *empfinden 59% der Befragten als ungerecht. Im Fall, dass der Bund weiterhin in Form von verminderten Transferzahlungen an die Kantone spart, wünschen 74% der befragten Stimmbürger, dass die Kantone ihrerseits die Leistungen kürzen,* aber nur 14% wollen, dass diese dann ihre Steuern erhöhen.

SOCIETE SUISSE
DE RECHERCHES SOCIALES PRATIQUES

UNIVERSITE DE BERNE
CENTRE DE RECHERCHE
DE POLITIQUE SUISSE

Analyse de la votation fédérale du 30 nov. 1980

Récapitulation des résultats principaux

L'analyse VOX s'est efforcée d'étudier *si l'opinion des citoyens change dans la période qui précède les votations et si oui, comment.* On a choisi deux des quatre projets soumis au vote le trente novembre 1980. C'est ainsi que l'on a interrogé les gens sur leur position face au port obligatoire de la ceinture de sécurité et à la suppression de la subvention destinée à abaisser le prix du pain, entre le trois et le vingt novembre déjà, c'est-à-dire avant les votations. Les mêmes personnes ont à nouveau été interrogées après le vote, comme lors des analyses précédentes. *Si les deux projets précités avaient été votés deux à quatre semaines plus tôt, le port obligatoire de la ceinture de sécurité aurait été accepté à une majorité de oui légèrement supérieure. En revanche, en ce qui concerne la suppression de la subvention destinée à abaisser le prix du pain, on aurait enregistré une situation d'équilibre de 50% de oui et 50% de non.* Selon l'enquête effectuée avant le scrutin, parmi les personnes qui se sont rendues aux urnes fin novembre, un sixième n'avait encore aucune opinion, ou aucune opinion définitive, sur le premier projet cité. Un quart était dans le même cas pour ce qui est du deuxième objet cité. Les personnes qui ont changé d'opinion (c'est-à-dire, celles qui ont exprimé des opinions différentes lors des deux enquêtes précédant et suivant le scrutin) *ont, au total, plus souvent changé leur oui en non dans le cas du port obligatoire de la ceinture de sécurité et leur non en oui dans le cas de la suppression de la subvention destinée à abaisser le prix du pain.* Il y a eu presque deux fois plus de changements d'opinion à propos du deuxième projet qu'à propos du premier. On peut expliquer cela, entre autres, par le fait qu'une minorité seulement de ceux qui se sont ensuite rendus aux urnes savait lors de l'enquête qu'ils devraient se prononcer fin novembre sur la suppression de la subvention destinée à abaisser le prix du pain. La majorité, en revanche, était déjà au courant de la prochaine votation sur le port obligatoire de la ceinture de sécurité. Dans le premier cas, certaines personnes interrogées n'auraient pu se forger une première opinion qu'au moment de l'enquête, lorsque l'enquêteur leur a indiqué tous les objets sur lesquelles elles devraient voter. L'enquête qui a suivi le scrutin n'a pas amené de résultats sensationnels concernant le comportement électoral et la motivation de la décision. Pour ce qui est du *port obligatoire de la ceinture de sécurité,* la variable qui a eu la plus forte influence sur le comportement électoral a été, comme on s'y attendait, *l'appartenance à un groupe linguistique.* Les *partisans* de ce projet voulaient *contribuer à réduire le nombre de blessés graves et de morts sur les routes.* Les *opposants voyaient d'abord une restriction de la liberté individuelle* et

n'étaient, en majorité, que peu convaincus de l'utilité de la ceinture de sécurité, en tant que telle. Pour ce qui est du *programme d'économies,* plusieurs variables ont fortement influencé la décision. Par exemple, l'appartenance à un groupe linguistique, la formation, les sympathies partisannes ont joué un rôle. Le *partisan typique* de ce programme peut être caractérisé comme suit: *il est proche d'un parti bourgeois, très bien intégré politiquement, alémanique.* Le *type idéal du citoyen réservé à l'égard du paquet d'économies, ou qui le refuse, peut être* défini ainsi: *il est proche du PS ou n'a pas de sympathie partisanne, il est mal intégré politiquement, il est romand.* Les questions traitant des motifs de décision, à propos du programme d'économies, n'ont révélé *que des stéréotypes connus à ce jour.* Les réflexions concernant *l'avenir des finances fédérales* sont bien plus intéressantes à cet égard. *La moitié des personnes interrogées souhaite que les finances fédérales parviennent à un niveau d'équilibre autant par le biais d'économies supplémentaires que par le recours à de nouvelles recettes.* Un tiers des personnes interrogées désire uniquement que l'on économise davantage, un huitième seulement souhaite que l'on recoure à des recettes nouvelles. Quelles sont les préférences en ce qui concerne les possibilités concrètes de gain et d'épargne? *La nouvelle source de revenus la plus populaire est la vignette sur les autoroutes (premier rang). Suivent, non loin derrière, l'impôt sur la richesse (2e), l'impôt sur les poids lourds (3e) et l'imposition des banques (4e). L'impôt sur l'énergie est le moins populaire* et reste nettement en queue de peloton. On ne peut manquer de relever le fait qu'il existe de nettes différences entre Alémaniques et Romands en ce qui concerne les priorités en matière de nouvelles recettes. Les premiers mettent la priorité «sur les routes». Mis à part l'impôt sur la richesse, les Romands relèguent, en revanche, les contributions routières supplémentaires et mettent plus en évidence l'imposition des banques. Encore un mot au sujet de la controverse qui entoure ces impôts et qui n'apparaît pas dans les lignes ci-dessus: *le plus discuté est l'impôt sur les poids lourds, tandis que les personnes interrogées s'accordent sur l'impopularité de l'impôt sur l'énergie. Les gens interviewés désirent économiser d'abord sur le budget militaire.* C'est la seule dépense pour laquelle la majorité d'entre eux a choisi la colonne «plutôt moins» (les réponses possibles étant: «plutôt moins», «autant», «plutôt plus» de dépenses). *D'autres vœux d'économies, d'ailleurs moins répandus, touchent l'aide au développement, les chemins de fer et l'agriculture. On désire dépenser un peu plus pour les universités et nettement plus pour les assurances maladie et plus encore pour l'AVS/AI.* Il faut préciser, pour être complet, que dans tous les domaines de dépenses, à part l'armée, la réponse choisie le plus fréquemment est «autant» de dépenses. Dans les cas des chemins de fer, de l'agriculture, des hautes écoles, de l'assurance-maladie et de l'AVS/AI, cette catégorie de réponses a été en plus choisie par la majorité des personnes interrogées. *59% d'entre elles considèrent la réduction linéaire des subventions fédérales,* telle qu'elle figure dans le programme d'économies 1980, *comme étant injuste. Au cas où la Confédération continuerait à économiser en diminuant ses subsides aux cantons, 74% des citoyens interrogés désiraient que les cantons réduisent leurs prestations,* alors que 14% seulement voudraient qu'ils augmentent leurs impôts.

PP
8001 Zürich

Im Jahre 1978/1979 wurde VOX unterstützt von:

Spenden von 2000 Franken und mehr:

Firmen/Verbände: SEVA Lotterie, Bern / Migros Genossenschafts-Bund / Schweiz. Bankverein, Basel / Schweiz. Bankgesellschaft, Zürich / Schweiz. Kreditanstalt, Zürich / Schweiz. Volksbank, Bern / COOP Schweiz, Basel / Winterthur-Versicherungen / Patria-Versicherungen / Wirtschaftsförderung Zürich-Genf

Spenden von 500–1500 Franken:

Firmen/Verbände: Hoffmann-La Roche, Basel / Dr. D. Bührle, Zürich / Sandoz, Basel / Eswa-Ernst, Stansstad / IBM, Zürich / Viscosuisse, Emmenbrücke / Alusuisse, Basel / Dr. C. Aebi, Burgdorf / Philip Morris, Lausanne / Rheinsalinen, Schweizerhalle / Bernische Kraftwerke / Nestlé, Vevey / SMUV, Bern / Schweiz. Gewerkschaftsbund, Bern

Staatliche Stellen: Kantonalbank Zug / Kantonalbank von Bern / Kantonalbank Zürich / Thurgauische Kantonalbank / Kantonalbank Basel-Stadt / Kanton St. Gallen / Stadt Basel / Kanton Zug / Kantonalbank Appenzell AR

Spenden von 200–400 Franken:

Firmen/Verbände: Wander AG, Bern / Sunlight, Zürich / Papierfabrik Biberist / Hero, Lenzburg / Weltwoche-Verlag, Zürich / Kümmerly & Frey, Bern

Staatliche Stellen: Kanton Solothurn / Stadt Solothurn / Kanton Uri / Kanton Baselland / Stadt Zug / Stadt Schaffhausen / Kanton Schwyz

Unter dem Patronat des
FORUM HELVETICUM

Zuschriften: Postfach 546, 8027 Zürich, ✆ 01/2020787
Copyright by GfS und FSP
Abdruck auszugsweise mit Quellenangabe gestattet